

Datum: 09.11.2006

Info Nr.: 105

Kampf gegen Gewalt und Rechts:

## **Kommunen leisten Kärnerarbeit SGSA wehrt sich gegen ‚Verunglimpfungen‘**

**Quedlinburg / Magdeburg.-** Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund wehrt sich gegen ‚Verunglimpfungen‘ der kommunalen Arbeit gegen Rechts durch verschiedene Opferverbände. „Wer glaubt, durch pauschale Beleidigungen von Kommunalpolitikern sich einen Platzvorteil beim Rennen um Fördermittel verschaffen zu können, disqualifiziere sich selbst“, meinte SGSA-Vizepräsident, Quedlinburgs Bürgermeister Dr. Eberhard Brecht. Brecht reagierte damit auf Vorwürfe von Opferverbänden, die Kommunen seien nicht geeignet, die zusätzlichen Mittel des Bundes beim Kampf gegen Rechts sachgerecht einzusetzen.

Tatsächlich leisteten, so Brecht, die Städte und Gemeinden schon heute eine Kärnerarbeit in diesem Bereich, obwohl sich ihre finanzielle Lage zunehmend verschlechterte. „Die freie Jugendarbeit, Jugendclubs, Begegnungsstätten und viele andere Projekte gehören gerade zu den Aufgabenbereichen, die als ‚freiwillige Aufgaben‘ durch den Zwang zum Sparen von den Aufsichtsbehörden immer wieder in Frage gestellt werden“, so Brecht. „Hier leisten wir eine Arbeit, die ge-

zielt und erfolgreich gegen Gewalt und gegen Rechts wirkt.“ Deshalb seien die neuen Bundesmittel hoch willkommen, um dieser Jugend- und Sozialarbeit eine bessere finanzielle Basis zu geben.

Viele kommunale Projekte stünden, so Brecht weiter, nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit, weil sich die Bürger an die Projekte gewöhnt hätten. Dennoch seien sie unverzichtbarer Bestandteil im Bemühen der Kommunen, der Gewaltszene Herr zu werden. Brecht wandte sich entschieden auch gegen den Vorwurf, Städte und Gemeinden seien nicht in der Lage, die Gelder zielorientiert einzusetzen. „Wir sind die ersten Ansprechpartner der Vereine, Initiativen und wir selbst sind gerade bei der Stadtteilarbeit wichtiger Akteur dieser Initiativen“, so Eberhard Brecht. Deshalb sollten Projekte grundsätzlich nur in Kooperation mit den Städten und Gemeinden gefördert werden. Von Bund und Land erwarte er dabei den notwendigen finanziellen Rahmen, der für Jugendarbeit und Gewaltprävention erforderlich sei.